

Rundbrief 4 – 2026 26. Februar 2026

Perspektiven für die Zukunft des Nahen Ostens im Kontext von Gaza-Krieg und Besatzung

Studientag der Bielefelder Nahost Initiative e.V. am 21. Februar 2026 in Bielefeld

 Prof. Wolfgang Benz Freiheit und Zensur in der deutschen Öffentlichkeit bei Israel/Palestina Themen	 Dr. Tamar Amar-Dahl Israel nach dem 7. Oktober: Neozionismus und Dauerkrieg. Was bedeutet die Zensur von 2023 für die israelische Gesellschaft	 Dr. Bashar Shammout Kleine Reise zu großen Bildern der Odyssees Art Galerie Hannover. Bilder seiner Eltern	 Wiland Hoban Thesen aus Sicht der Jüdischen Stimme zur Rolle Deutschlands
--	---	--	--

Nazih Musharbash, Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. hat folgende Rede, die viel Beachtung gefunden hat, gehalten:



Meine Damen, meine Herren,

Der Nahe Osten wird oft als Pulverfass beschrieben. Aus dieser Region gehen immer wieder Gewalt, Terror und Kriege hervor. Viele Staaten des Nahen Ostens entstanden in imperialen und kolonialen Zeiten. Das liegt über hundert Jahre zurück. Die Region ist geostrategisch wichtig. Sie liegt zwischen Afrika, Asien und Europa. Hinzu kommen große Erdölvorkommen. Westliche Staaten verfolgen dort seit Langem eigene Interessen. Die USA sowie europäische Länder wie Großbritannien, Frankreich und auch Deutschland sichern diese Interessen. Sie stützen traditionelle reaktionäre Machtstrukturen. Diese Staaten verhandeln mit fragwürdigen Machthabern. Demokratische Prozesse werden dadurch behindert. Deshalb tragen diese Staaten eine Mitverantwortung für die Destabilisierung und für die Konflikte der Nahost-Region.

Auch das Problem zwischen Israelis und Palästinensern steht in diesem Zusammenhang. Palästina wurde nicht von Griechen oder Türken besetzt. Sonst würde sich der

palästinensische Widerstand gegen christliche Griechen oder muslimische Türken richten. Und Deutschland wäre sogar auf der Seite der Palästinenser, wenn es sich um türkische Besatzer handelte. Unsere Besatzer waren nicht die orientalischen Juden, die friedlich in den arabischen Gesellschaften lebten. Unsere Besatzer sind nun mal aus aller Welt eingewanderte Menschen jüdischen Glaubens. Unsere Besatzer kamen aus Europa und auch aus Deutschland. Sie waren dort verfolgt und unerwünscht. Europa gab ihnen keine Sicherheit und bot ihnen keinen eigenen Staat an. Vor allem nach dem Holocaust wanderten sie nach Palästina ein. Hier in Palästina suchten sie Sicherheit und ein Zuhause. Dafür wurden Hunderttausende Palästinenser von den neuen Besitzern vertrieben oder mussten aus ihrer Heimat fliehen.

Nicht in Europa, sondern eben in Palästina entstand dieser neue jüdische Staat. Und Palästina war kein leeres Land. Es war seit Jahrhunderten bewohnt. Dort lebte die palästinensisch-arabische Bevölkerung, mindestens seit dem babylonischen Exil. Die zionistische und hier auch oft vertretene Parole, man suche „Ein Land ohne Volk - für ein Volk ohne Land“ war infolgedessen falsch. Palästina hatte immer ein Volk mit eigener Kultur, eigener Geschichte und eigener Identität, die jetzt von Israel verleugnet und zerstört wird. Die Palästinenser verloren nach und nach ihr Land. Die einheimische palästinensische Bevölkerung war damit nicht einverstanden. Das ist nachvollziehbar. Denn niemand würde freiwillig Haus, Land und Besitz und Existenz - einfach grundlos an Fremde abgeben.

Und Israel erkennt nicht einmal ein von der UN-verbrieftes Rückkehrrecht für geflüchtete Palästinenser, dafür aber nur ein eigenes Wiederkehrrecht für Juden an, als hätten diese gerade das Land verlassen müssen. Und eine Entschädigung für beschlagnahmten Besitz wird den Palästinensern ebenfalls verweigert. Ich selbst verließ 1965 im Alter von 19 Jahren Betlehem. Damals gehörte die Stadt noch zu Jordanien. Ich kam zum Studium nach Deutschland. Nach der Besetzung Betlehems konnte ich nicht zurückkehren. Ich blieb in Deutschland und jetzt haben Sie es mit mir zu tun.

Der palästinensische Widerstand richtet sich gegen eine reale Existenzbedrohung der palästinensischen Bevölkerung. Diese Bedrohung dauert bis heute noch an. Sie ist sogar heftiger geworden als je zuvor. Der palästinensische Widerstand richtet sich nicht gegen Menschen, weil sie Juden, sondern weil sie *Besatzer* sind. Und dieser Widerstand richtet sich vor allem gegen die israelische Besatzung und die israelische Politik. Der Kampf der Palästinenser für ihre Freiheit ist folglich nicht antijüdisch oder antisemitisch. Er ist antibesatzungspolitisch und antizionistisch. Diese Unterscheidung ist wichtig. Ich fordere die Bundesregierung auf, sie anzuerkennen.

Als ich nach Deutschland kam, wusste ich nichts über den Holocaust. Ich kannte weder das Ausmaß noch die Details. Woher denn auch? Dieses Wissen eignete ich mir über die Jahre selbst an. Auch meinen Kommilitonen wurde diese Geschichte vorenthalten. Man sprach weder in der Familie, noch in der Schule darüber. Es herrschte ein Tabu darüber. Und ausgerechnet diese Kenntnisse über Holocaust und Nazi-Deutschland von neu zugewanderten Menschen aus dem Nahen Osten oder gar Palästinensern zu verlangen, ist unrealistisch, ja geradezu absurd. Der Erwerb von Wissen und Lernen darüber braucht Zeit. Und Lernen braucht fundierte Anleitung. Diese wird jedoch kaum angeboten. Deshalb ist die pauschale Umschreibung des so genannten „israelbezogenen Antisemitismus“ irreführend und fraglich.

Und ich sehe politische Pläne und Tendenzen mit großer Sorge. So soll - zum Beispiel - die Einbürgerung an ein Bekenntnis zu Israel geknüpft werden. Man wird aufgefordert, sich zur Existenz des Staates Israel zu bekennen. Aber in welcher Grenze frage ich mich? Denn Israel hat bis jetzt seine eigenen Grenzen nie definiert. Israel ist stets auf Kosten anderer auf Expansion bedacht. All diese Forderungen überspringen den Lernprozess. Statt Aufklärung droht Ausgrenzung. Und darf man bei der Einbürgerung eine Loyalität zu einem Drittstaat überhaupt verlangen?

Vorbehaltlos unterstütze ich Deutschlands besondere Verantwortung gegenüber Judentum, Jüdinnen und Juden. Und ich erkenne Israels, aber nicht über die Grenzen von vor 1967 hinaus. Gleichzeitig frage ich: Welche Verantwortung hat Deutschland gegenüber den Palästinensern? Denn wir, Palästinenser leiden unter Verlust der eigenen Heimat zugunsten der verfolgten Jüdinnen und Juden in Nazi-Deutschland. Haben wir kein Recht auf Sicherheit und Würde oder Anspruch auf eigenen Staat im eigenen Land? Ohne Generalverdacht?

In einer Rede forderte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier von in Deutschland lebenden palästinensischen, arabischstämmigen und muslimischen Menschen, sich persönlich von der Hamas und vom Antisemitismus zu distanzieren. In diesem Aufruf steckt die Vermutung einer ideologischen Nähe. Mich – als einen der von Steinmeier Angesprochenen – hat das persönlich getroffen und tief beleidigt. Als wer werde ich hierzulande von meinem Staatsoberhaupt gesehen? Es ist eine Entfremdung, die er auslöst. Und wenn Politiker so vorgehen, warum sollten Arbeitgeber, Nachbarn und Lehrer und vor allem fragwürdige Antisemitismusbeauftragte nicht ähnliches denken und aussprechen? Und plötzlich fühle ich mich darauf reduziert, jemand zu sein, der qua Herkunft eine Hamas-Nähe und einen Drall zum Antisemitismus haben könnte.

Nein, das ist nicht meine Geschichte. Hat unser Bundespräsident jemals von allen Deutschen und deutschsprachigen Menschen und Christen eine ähnliche Distanzierung vom NSU verlangt? Nein! Ich bin aus Überzeugung Deutscher geworden. Ich habe hier Familie gegründet. Ich habe mich im Stadtrat, im Kreistag und im Landtag politisch engagiert. Und dennoch werde ich auf meine Herkunft reduziert und soll Hamas-Anhänger und Antisemit sein. Erschwerend dazu kommt noch das fragwürdige Festhalten an einer deutschen Staatsräson. Diese Staatsräson hat einen falschen Ansatz, sie setzt den Schutz jüdischen Lebens mit dem Schutz Israels gleich. Die deutsche Staatsräson ist sehr problematisch und muss schnell überdacht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Völkerrecht ist universell, so habe ich es als mündiger Demokrat gelernt. Das Völkerrecht darf nicht selektiv angewendet werden. Deutschland darf Völkerrechtsbrüche nicht unterstützen. Auch nicht bei Israel, das ständig das Völkerrecht missachtet und in aller Deutlichkeit mit Füßen tritt. Wer diese Politik verteidigt, duldet und ohne Gegenmaßnahmen zulässt, macht sich verantwortlich und ist mitschuldig.

- Die Besatzung von Gaza, der Westbank, Ost-Jerusalems und der Golanhöhen ist völkerrechtswidrig.
- Der Siedlungsbau ist völkerrechtswidrig.
- Die Annektierung palästinensischer Gebiete ist völkerrechtswidrig.
- UN-Resolutionen und Friedensverträge nicht einzuhalten, ist völkerrechtswidrig.
- Vollzogene und angedrohte Vertreibungen von Palästinensern und mutwillige Zerstörungen sind völkerrechtswidrig.

Diese Tatbestände nur verbal zu kritisieren, wie das Auswärtige Amt dieses gebetsmühlenartig tut, reicht nicht aus. Um diese Vorgehensweisen zu stoppen, müssen Sanktionen gegen Israel verhängt werden. Unsere Kritik darüber ist begründet. Die Kritik darüber ist ein Gebot von politischer Mündigkeit im Einklang mit dem Völkerrecht. Unsere Kritik daran als antijüdisch und als antisemitisch zu missdeuten, ist eine Frechheit. Diese berechnete Kritik zu verbieten, unterdrückt Debatten und macht mündige Bürger sprachlos.

Was seit dem 7. Oktober in Gaza geschieht, ist kaum in Worte zu fassen. Es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass das Problem zwischen Israel und den Palästinensern erst mit dem Angriff der Hamas entstanden ist. Diese Haltung ist in der Politik, in den Medien und in Teilen der Bevölkerung erkennbar. Die deutsche Regierung steht vorbehaltlos auf der Seite Israels. Hier in Deutschland lebende Palästinenser empfinden kaum Empathie für ihre Trauer. Ihrer Toten wird nicht gedacht. Es gibt keinen öffentlichen Raum für ihre Trauer. Ihre Toten sind Zahlen ohne Gesichter. Sie vermissen eine Anteilnahme an ihrer Trauer, an ihrem Schicksal und suchen verzweifelt nach Verständnis. Ihre Proteste werden in der Regel negativ bewertet und beurteilt. Sie gelten als israelfeindlich, ja sogar als antisemitisch. Hier sozialisierte Menschen empfinden diese Haltung als gestört. Mich bedrückt es, dass kaum über friedliche pro-palästinensische Kundgebungen berichtet wird.

Der Angriff der Hamas ist zu verurteilen. Das habe ich unmissverständlich und für meine Gesellschaft immer zum Ausdruck gebracht. Doch auch die unverhältnismäßige, menschenverachtende israelische Reaktion ist nicht zu rechtfertigen. Zehntausende Zivilisten wurden hin und her vertrieben, Zehntausende wurden getötet. Und Hunger wird immer noch von Israel als Waffe eingesetzt. Krankenhäuser, Schulen und Universitäten wurden zerstört. Reporter und medizinisches Personal werden gezielt getötet und an ihrer Arbeit behindert. 37 Nichtregierungsorganisationen müssen zum 1. März ihre Arbeit einstellen. UN-nahe humanitäre Hilfsorganisationen und Bildungseinrichtungen wie UNRWA oder UNESCO werden in der Westbank verboten. Fanatische aggressive und

schwerbewaffnete jüdische Siedler greifen täglich palästinensische Dörfer an. Zudem werden sie von der israelischen Armee begleitet und geschützt. All das ist dem Auswärtigen Amt und den deutschen Außenpolitikern bekannt.

Internationale Organisationen sprechen von einem möglichen plausiblen Genozid in Gaza. Der Internationale Gerichtshof bestätigte dies 2024. Die Fakten sind bekannt und werden eines Tages gerichtlich überprüft. Deutschland muss darauf achten, nicht selbst wegen der Waffenlieferungen an Israel, verklagt zu werden. 77 Prozent der Deutschen fordert einen Stopp der Waffenlieferungen an Israel und befürwortet auch die Anerkennung Palästinas. Meiner Meinung nach ist die deutsche Bevölkerung mittlerweile weitsichtiger, ja klüger als ihre Politik. Den mündigen Bürgern kann man nichts mehr vorenthalten. Sie lassen sich nicht für dumm erklären. Sie informieren sich, so wie Sie sich auch heute informieren.

Und es gibt so viele öffentliche Einrichtungen in Deutschland, die so eine Veranstaltung sogar verbieten. Deshalb gilt mein Dank der Ev.-Reformierten Gemeinde Bielefeld. Und ich stelle durch meine öffentlichen Diskussionen überall fest: Je mehr Menschen über beide Perspektiven des Nahostkonfliktes wissen, desto differenzierter urteilen sie. Man kommt schon alleine zum Ergebnis, dass die Kritik an der derzeitigen Politik Israels nicht antisemitisch ist.

Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden, und Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, und viele bestellte Antisemitismusbeauftragten sind zum Sprachrohr der israelischen Regierung von Netanjahu geworden und briefen unsere Politiker im Bundestag. Sie sprechen von einem gegen uns Palästinenser gerichteten zunehmenden „israelbezogenen Antisemitismus“ und blenden dabei völlig aus, dass Israel allen Anlass zur Kritik anbietet. Eine differenzierte Analyse hat der ehemalige israelische Botschafter Avi Primor formuliert. Zitat: „Nicht der Antisemitismus hat zugenommen, sondern eher die Sympathie für Israel abgenommen.“

Die Widersprüche der deutschen Nahostpolitik sind offensichtlich. Israel strebt ein Groß-Israel an. Israel will mehr Land haben als die Palästinenser haben dürfen. Palästinenser sollen verdrängt und vertrieben werden. Und das weiß die Bundesregierung auch. Doch der politische Druck auf Israel fehlt. Sanktionen bleiben aus. Eigene Interessen stehen über Menschenrechten. Israel ist ein bedeutender Waffenexporteur. Waffen werden an Palästinensern getestet. Danach werden sie weltweit verkauft.

Meine Damen und Herren!

Die israelische Besatzung muss beendet werden, damit ein palästinensischer Staat aufgebaut werden kann. Für mich ist das Ende der Besatzung der eigentliche Schlüssel zum Frieden. Das Israel-Palästina-Problem ist ein politisches Problem und kann weder durch Instrumentalisierung von Religion, Gewalt, Terror und Krieg gelöst werden. Ich bin nicht der Meinung, dass es bald zu einer Verständigung zwischen Israel und den Palästinensern kommen wird. Dafür sind die Traumata beider Völker viel zu groß, ihre Annäherung zueinander zu sehr beschränkt und der Wille auf Kompromisse kaum vorhanden. Zudem sind ihre amtierenden Politiker dazu nicht in der Lage. Deshalb setze ich auf die nächsten Generationen, die ihr Schicksal in die Hand nehmen und alles unternehmen werden, ohne Herrscher und Beherrschte, ohne Besatzer und Besetzte in Frieden und in Freiheit leben werden. Dabei ist es für mich belanglos, ob es einen Staat für beide Völker oder getrennte Staaten geben wird. Das Problem zwischen Israel und den Palästinensern begann nicht am 7. Oktober. Dieser Tag muss Anlass sein, Ursachen zu analysieren und Lehren daraus zu ziehen. Nur so entstehen Lösungen.

„Frieden schließt man mit Feinden. Nicht mit Freunden“, sagte einst Willy Brandt. Mit großer Aufmerksamkeit verfolge ich 1972 die Debatte über die Aussöhnungspolitik. Brandt ist bereit, historische Schuld anzuerkennen. Er akzeptiert politische Realitäten. Er verzichtet auf nationale Ansprüche, um dauerhaften Frieden in Europa zu ermöglichen. Verständigung ist ihm wichtiger als Rechthaberei. Das beeindruckt mich nachhaltig. Ich erkenne, dass diese Politik kein rein deutsches Projekt ist. Sie ist ein universelles Friedensmodell. Ich will genau diese Politik in den Nahost hineinbringen, wenn ich eines Tages dazu in der Lage wäre. Sein Motto: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“, erhält für mich eine besondere Bedeutung. Demnach heißt Frieden für Israel und Palästina nicht Verzicht auf Recht und Würde. Er bedeutet Anerkennung. Er bedeutet Dialog statt Schweigen. Er bedeutet Gerechtigkeit im Rahmen des Völkerrechts.

Im Laufe der Jahre muss ich einen für mich inakzeptablen Kurs in der deutschen Nahostpolitik feststellen, und zudem eine große Enttäuschung durch meine Partei erleben. Deshalb fordere ich mit der DPG eine Reform der aktuellen verheerenden deutschen Nahostpolitik.

- Deutschland bekennt sich zwar zu den Menschenrechten.
- Deutschland bekennt sich auch zum Völkerrecht.
- Und Deutschland bekennt sich zu einer regelbasierten internationalen Ordnung.

Dieses Bekenntnis muss aber auch dann gelten, wenn es politisch unbequem ist.

- Die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete dauert an.
- Der Siedlungsbau wird fortgesetzt.
- Mauern, Straßen und Checkpoints zerstückeln das Land.
- Ein souveräner palästinensischer Staat wird faktisch verweigert.
- All dies widerspricht klar dem Völkerrecht.

Diese Tatsachen sind seit Jahrzehnten dokumentiert. Ihr Fortbestehen ist kein Informationsdefizit. Es basiert auf einer gehorsamen Gefolgschaft der israelischen Interessen.

Ich habe gelernt und verinnerlicht, dass aus der deutschen Geschichte eine besondere Verantwortung erwächst. Diese Verantwortung darf jedoch nicht zu einseitiger Parteinahme führen. Unrecht darf nicht relativiert werden. Unrecht darf nicht verschwiegen werden.

- Verantwortung bedeutet, jüdisches Leben zu schützen.
- Verantwortung bedeutet ebenso, sich gegen die Entrechtung eines anderen Volkes zu stellen.
- Beides schließt sich nicht aus.
- Beides bildet eine moralische Einheit.

Meine Gesellschaft und ich fordern seit Jahren öffentlich von der Bundesregierung:

1. Eine klare völkerrechtliche Bewertung der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik und die öffentliche Benennung aller israelischen Rechtsverstöße.
2. Die aktive Unterstützung der Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967.
3. Konkrete politische Konsequenzen bei fortgesetzten Völkerrechtsverletzungen.
4. Eine Überprüfung der Rüstungs- und Sicherheitskooperationen mit Israel.
5. Schutz und Stärkung der palästinensischen Zivilgesellschaft, besonders in Bildung, Gesundheitswesen und kommunaler Selbstverwaltung.
6. Die Anerkennung des Staates Palästina mit Ostjerusalem als arabische Hauptstadt.

Meine Damen und Herren,

Frieden entsteht nicht durch Schweigen.

Frieden entsteht durch Gerechtigkeit.

Wer Freiheit und Sicherheit für Israel will, muss Freiheit und Sicherheit auch für Palästinenser wollen.

Vielen Dank!